

Jede Religion gehört zu Deutschland.

1 Die Christlich Demokratische Union - CDU - ist keine christliche sondern eine christlich demokratische Partei. Die CDU orientiert ihr Handeln daher an christlichen Werten in politischer Zuversicht.

2 Die Umsetzung dieser Werte und Ziele erfolgt ausnahmslos auf der Grundlage eines demokratischen Staatswesens, insbesondere des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und der hessischen Verfassung.

3 Die Gedanken eines jeden CDU-Mitgliedes sind frei.

4 Sie sind dies auch und gerade hinsichtlich seiner und ihrer Wege zu Gott.

5 Menschen in Deutschland müssen das Recht haben, sich für persönliche Wege, auf denen sie sich zu Gott leiten lassen oder sich Gott nähern wollen, also vor allem Religionen, zu entscheiden und dies gegenüber der Allgemeinheit öffentlich zu bekennen.

6 Ebenso muss das Recht darauf bestehen, diese Entscheidungen nicht zu treffen.

7 Die Organe des Staates haben sich bei der Wertung gemeinschaftlich getragener Religionen wie gleichermaßen individueller Bekenntnissen zu Gott und vor allem derer Verhältnisse zum Staatswesen äußerste Zurückhaltung aufzuerlegen.

8 Die freie Ausübung von Religionen und individueller religiöser Bekenntnisse unterliegt dem Schutz durch den Staat.

9 Hierunter fallen nicht Ideologisierung oder individuell unverantwortete Ausübungen von Religionen. Vielmehr erwartet die CDU von jedem Menschen in Deutschland, daß er sich durch Religionen nicht davon abhalten läßt, geltendes Recht und die verfassungsmäßig festgeschriebenen Prinzipien einer friedlichen Solidargemeinschaft aktiv zu wahren und zu gestalten. Dies steht einem aktiv in Verantwortung vor Gott gestalteten Lebenswandel nicht entgegen.

10 Sobald demgegenüber geistliche Leiter und andere dogmatisch wirkenden Kräfte von und in Religionsgemeinschaften unter Berufung auf ihre Religion Verstöße gegen geltendes Recht und gegen die verfassungsmäßig festgeschriebenen Prinzipien einer friedlichen Solidargemeinschaft verursachen oder andere Menschen hierzu auffordern, muss der Staat solche Mißbräuche von Religionen entschieden unterbinden und zu Lasten insbesondere der Verursacher einschlägiger Verstöße ahnden.

11 Jede Religion und jedes religiöse Bekenntnis, deren oder dessen freie Ausübung nicht von vornherein gegen geltendes Recht und die verfassungsmäßig festgeschriebenen Prinzipien einer friedlichen Solidargemeinschaft verstößt, gehören zu Deutschland so wie das Grundgesetz in Verantwortung vor Gott geschaffen wurde.

12 Dieser Grundsatz besteht ohne weitergehende Wertung dessen, wie verschiedene Religionen und religiöse Bekenntnisse Deutschland und vor allem dessen Kultur mitgeprägt haben und mitprägen werden.